DZSF

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

Arbeitsbericht 1975

DZSF

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen
(Archiv für Wohlfahrtspflege) – Stiftung bürgerlichen Rechts
1000 Berlin 33 (Dahlem) – Miquelstraße 83 – Tel.: 832 40 41
Konten: Postscheck Bln.-West Nr. 599 97-105
Bank f. Sozialwirtschaft Nr. 31058 (BLZ 100 205 00)

Verein zur Förderung des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (Archiv für Wohlfahrtspflege)
Konten: Postscheck Bln.-West Nr. 153 15-104
Bank f. Sozialwirtschaft Nr. 31059 (BLZ 100 205 00)
Bank f. Gemeinwirtschaft Nr. 34 40 (BLZ 100 101 11)

Vorstand

Senat von Berlin (Vorsitzender)

Vertreter: Senatsdirektor Werner Müller
Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales

Industrie und Handelskammer zu Berlin (stellv. Vorsitzender)

Vertreter: Dipl.-Volksw. Gerhard Severon

Deutscher Städtetag

Vertreter: Beigeordneter Dr. Wolfgang Haus

Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege e. V.

Vertreter: Dr. Christa Hasenclever

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Vertreter: MinR Hans Goller

Geschäftsführung

Ilse Bueren

Förderer-Verein

Der Verein zur Förderung des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen teilt Vorstand und Geschäftsführung mit dem Institut; er nimmt die Beiträge der Mitglieder entgegen und ist für die Förderung des Instituts verantwortlich.

Beirat Bundesministerien

für Arbeit und Sozialordnung: MinR Dr. Rugo

für Jugend, Familie und Gesundheit: MinR Dr. med. Bialonski

Bundesanstalt für Arbeit: Präsident Josef Stingl

Sozialministerien der Länder

Baden-Württemberg: *)
Bayern: MinDirig Michael Stocker
Bremen: *)
Hamburg: *)
Hessen: MinR Heinz Erhard
Niedersachsen: MinR Willi Hoppe
Nordrhein-Westfalen: Ltd. MinR P. Steffen
Rheinland-Pfalz: *)
Saarland: RegDir Otto Bitz
Schleswig-Holstein: Ltd. MinR Bosse

Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtfpflege

Das Diakonische Werk – Innere Mission und Hilfswerk – der ev. Kirche in Deutschland: Dipl-Volkswirt Christine Winzler
Deutscher Caritasverband e. V.: D. Johannes Tobei
Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin e. V.: Helmut Grell
Deutsches Rotes Kreuz: Ass. Reiner Klauß
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e. V.: Helga Danzig
Zentral-Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.: Gertrud Hoffnung

Wirtschaft

Deutscher Industrie- und Handelstag: Sigmund Frh. v. Rotberg
Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie: Hans-Joachim Scholz
Siemens AG: Dipl.-Ing. Dr. Carl-Hubert Schwennicke
AEG/Telefunken: Heinz Walter, Prokurist
Osram GmbH: Direktor Walter Greiner

---

*) Mitarbeit als Behörde ohne bestimmten Vertreter.

Wissenschaft

Stifterverband für die deutsche Wissenschaft e. V.: Helmut Denschel
Freie Universität Berlin *)
Technische Universität Berlin *)

Sozialversicherung

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger:
Direktor Prof. Dr. Kurt Jahn

Gewerkschaften

Deutsche Angestelltengewerkschaft: Hilde Jechow
Deutscher Gewerkschaftsbund: Fritz Giersch

Fachorganisationen

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge:
Walter Schellhorn

Persönlichkeiten

Dr. Franz v. Cosel, Berlin
Senator a. D. Kurt Exner, Berlin
Direktor Robert Jentsch, Berlin
Senatorin a. D. Ella Kay, Berlin
MinR a. D. Dr. Helmut Malzahn, Bonn
SenDir Gerhard Naulin, Berlin
SenDir a. D. Dr. Lothar Rosenberg, Berlin

Vorstandssitzungen

Außer den Vorstandssitzungen am 13. 2. 1975, 17. 7. 1975 und am 10. 12. 1975 fanden mehrere Arbeitsgespräche des Vorsitzenden, z. T. in Anwesenheit des stellvertretenden Vorsitzenden, mit der Geschäftsführung in der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales statt.

Mitarbeiter

Im Berichtsjahr wurden 18 Mitarbeiter, darunter 7 Teilzeitkräfte, beschäftigt.

Besonders umfangreiche Anfragen, die zur Bearbeitung meist gesetzliche Grundlagen erforderten, wurden in ehrenamtlicher Tätigkeit von einem Volljuristen mit übernommen.

Im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Senators für Arbeit und Soziales wurden im Durchschnitt 4 Mitarbeiter für jeweils neun Monate beschäftigt.

---

*) z. Z. ohne Vertreter.

Tätigkeit Seit seiner Gründung unter dem Namen „Archiv für Wohlfahrtfpflege" im Jahre 1893 ist es die Aufgabe des Instituts, alles erreichbare Material aus dem Bereich des Sozial-, Gesundheits- und Arbeitswesens zu sammeln, zu sichten und zu ordnen und für den Abruf durch Interessenten bereit zu halten.

Sammlungen und Kataloge Die Basis der Institutsarbeit bilden ihre Sammlungen und Kataloge. Es bestehen folgende Sammlungsabschnitte:
Die **Bibliothek** enthält so weit wie möglich alle Veröffentlichungen auf den sozialen und sozialverwandten Gebieten des In- und Auslandes und wird ständig aus Eigenmitteln und durch Besprechungsexemplare sowie zeitweilig aus Zuwendungen der Deutschen Klassenlotterie ergänzt. Im Jahre 1975 wurden nur rund 2600 Bände neu eingestellt, weil erst 1976 wieder Mittel der Deutschen Klassenlotterie zum Ankauf von Büchern zur Verfügung stehen.

Die Bibliothek wird durch eine alphabetische Verfasserkartei und eine fachlich geordnete Kartothek erschlossen und ist „Öffentliche Bibliothek" mit der Sigelnummer 249.

Die **Bibliographische Sammlung** umfaßt alle Aufsätze und Mitteilungen, die aus den regelmäßig gelesenen ca. 2000 Fachzeitschriften des In- und Auslandes ausgewertet und nach der selben Systematik wie die eingestellten Bücher verkartet werden. Daneben werden sämtliche Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Bundes und der Länder gesammelt und systematisch in die Kartei eingeordnet. Außerdem steht dem Institut ständig umfangreiches Zeitungsausschnittsmaterial zur Verfügung, das, nach der entsprechenden Systematik geordnet, Bibliothek und Zeitschriftensammlung ergänzt.

Über die regelmäßig gelesenen Zeitschriften wird ein alphabetischer Katalog geführt, der nachweist, ab wann eine Zeitschrift gehalten wird und der ihr laufendes Eingehen überwacht. Daneben werden numerisch und nach Sachgebieten geordnete Verzeichnisse dieser Zeitschriften geführt.

Zeitschriften, die unvollständig sind oder von denen nur einzelne Hefte ihres sozialen Inhalts wegen gesammelt werden, sind alphabetisch als „Einzelnummern" registriert.

Von den **Organisations-Sammlungen** stellt die **Berliner Abteilung** den ältesten Teil dar, weil das Institut bei seiner Gründung 1893 es übernommen hatte, alle bestehenden Sozialeinrichtungen in Berlin zu erfassen und diese Zusammenstellung zu veröffentlichen. Heute umfaßt sie alle Behörden, Organisationen und Institutionen, die in Berlin tätig sind oder einmal tätig waren. Jede dafür angelegte Akte enthält alles erreichbare Material von der Gründung an wie Vereinsstatuten, Vorstandsmitglieder, Arbeits- und Presseberichte, andere Veröffentlichungen, Dienstanweisungen, Hausordnungen, Baupläne, Abbildungen u. ä., und wird ständig ergänzt. Außerdem finden sich in ihr alle Informationen, die den regelmäßig gelesenen Fachzeitschriften entnommen werden und die mit der betreffenden Institution und ihrer Arbeit zusammenhängen.

Dasselbe gilt für die Behörden, Organisationen und Institutionen, die auf sozialen und sozialverwandten Gebieten in der **Bundesrepublik** und in der **DDR** tätig sind.

Das Institut ist bemüht, eine Übersicht über ähnliche Einrichtungen des europäischen und außereuropäischen **Auslands** zu gewinnen und erreichbares Material zu sammeln. Ebenso werden alle die Organisationen und ihre Veröffentlichungen erfaßt, die nicht nur auf nationalem Gebiet, sondern auf **übernationaler Ebene** arbeiten.

Alle diese Sammlungen werden in gleicher Weise erschlossen durch je eine alphabetische Namenskartothek und eine systematische Zusammenstellung, die die einzelnen Behörden, Organisationen und Institutionen nach Sachgebieten ausweist. Wird zu einem bestimmten Thema Material gesucht, so kann es ohne große Mühe aus beiden Sammlungen — Bibliothek und Organisationsabteilungen — zusammengestellt werden, da beiden ähnliche Systematiken zugrunde liegen.

Typenkartei

Zusätzlich weist eine „Typenkartei" nach, auf welchen sozialen Gebieten Modelleinrichtungen entstehen und wo und auf welche Weise nachahmenswerte und praktikable Ideen verwirklicht werden.

Schwindlerkartei

Zum hausinternen Gebrauch — insbesondere für die Arbeit im Bereich des gesamten Sammlungswesens — weist eine „Schwindlerkartei" alphabethisch Personen aus, die allein oder in Verbindung mit Organisationen im sozialen Bereich negativ aufgefallen sind.

Helene-Lange-Stiftung

Die dem Institut im Oktober 1969 vom „Berliner Frauenbund von 1945" übergebenen Materialien (Bibliothek und Archiv der Helene-Lange-Stiftung) werden weiterhin verwahrt und verwaltet und auch den Benutzern des Instituts zur Verfügung gestellt.

Materialspenden

Nach wie vor haben viele Mitglieder und Benutzer des Instituts erfreulicher- und dankenswerterweise unsere Sammlungen durch nicht mehr benötigte Bücher und Zeitschriften, auch durch Organisationsmaterialien vervollständigt. Diese Hilfe ist um so willkommener, als viele Zeitschriften und Bücher durch den Leihverkehr zerschlissen werden oder auch in Verlust geraten.

In diesem Jahr gilt unser Dank u. a.:

Hans-Hermann Auersch, Berlin — Berliner Berufsverband der Sozialarbeiter und -pädagogen e. V. — Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin — Dr. Dora v. Caemmerer, Berlin — Prof. Dr. med. W. Maassen, Berlin — Gertrud Rakow, Berlin — Luise Schildbach, Istanbul — Elisabeth Wolff, Berlin.

Benutzungsbedingungen

Bibliothek und Lesesaal sind von Dienstag bis Freitag zwischen 8.00 und 12.00 und zwischen 13.00 und 16.00 Uhr für das Publikum geöffnet. Die Ausleihfrist beträgt in der Regel einen Monat; bei Überschreitung wird eine Mahngebühr erhoben.

Kommentare, wertvolle oder alte Bücher und im Verlag vergriffene Stücke werden nicht versandt, sondern können nur im Institut eingesehen werden. Auf Wunsch und gegen Erstattung der Unkosten werden Ablichtungen angefertigt. Um den Materialversand nach Möglichkeit einzuschränken, stellt das Institut Literaturlisten zusammen und verschickt sie gegen Erstattung der Unkosten. In Ausnahmefällen kann Material nach außerhalb gegen Erstattung der Porto- und Verpackungskosten verschickt werden.

Gleichzeitig wird stets auf die Möglichkeit hingewiesen, die monatlich erscheinende, systematisch geordnete Bibliographie der Zeitschriftenaufsätze in der Zeitschrift „Soziale Arbeit" zur Bearbeitung eines bestimmten Themas heranzuziehen.

Vorübergehende Einschränkung des Benutzerverkehrs

In unserem vorjährigen Arbeitsbericht erwähnten wir, daß durch die Vorbereitungsarbeiten für die Umstellung unserer Bibliographischen Abteilung auf automatische Dokumentation die Bibliothek und das Archiv für die Dauer eines Jahres für den Publikumsverkehr und die schriftliche Ausleihe geschlossen werden mußten.

Ein während dieser Zeit eingerichteter **Notdienst** berücksichtigte folgende Anfragen:

a) die über den Ring der Bibliotheken eingingen,

b) die mit bereits vorhandenen Literaturlisten zu bestimmten Themen beantwortet werden konnten,

c) die keine andere Bibliothek bearbeiten konnte.

Seit dem 1. April 1975 stehen Bibliothek und Archiv wieder in gewohnter Weise allen Benutzern zur Verfügung.

Nutzbarmachung

Die methodischen Veränderungen in der Ausleihe hatten das gewünschte Ergebnis, den Versand von Material einzuschränken und stattdessen den Schwerpunkt mehr und mehr auf das Verschicken von Literaturlisten zu verlagern. Vom 1. April 1975 ab wurden auf schriftlich und mündlich eingegangene Anfragen 5 652 Bücher und Zeitschriften an 1 957 Personen ausgeliehen. Außerdem wurden 15 000 bereits vorhandener und auf den neuesten Stand gebrachter Literaturlisten ausgeliehen. 250 Literaturzusammenstellungen zu bestimmten Themen wurden neu erarbeitet.

Mit 1 053 Besuchern hat sich zu unserer Überraschung die Zahl derjenigen Benutzer, die im Lesesaal der Bibliothek arbeiteten, **etwa um das Zehnfache erhöht.** Wir führen dies vor allem darauf zurück, daß der Zugriff zum vorhandenen Material nach der Wiedereröffnung erheblich erleichtert wurde. Außerdem bietet die Bibliothek eine Fülle von historischem Material, das an keiner anderen Stelle zu finden ist und das wegen seiner Unersetzlichkeit nicht ausgeliehen werden darf.

Für **ständige** Benutzer unserer Bibliothek wurden ca. 1 300 Leserkarten eingestellt, davon 400 für Berliner Leser. Darunter waren 950 Studenten, 28 Krankenschwestern (Schwesternhochschule), 250 bereits im Beruf Stehende (Sozialarbeiter und -pädagogen, Lehrer, Architekten, Ärzte, Volkswirte, Psychologen, Dozenten und Journalisten).

Unsere Statistik weist aus, daß die Gesamtzahl der Bibliotheksbenutzer seit der Wiedereröffnung erheblich zugenommen hat und ständig weiter im Steigen begriffen ist.

Der große Kreis der Anfragenden und Besucher aus dem In- und Ausland, zu dem zu unserer großen Freude auch Frau Dr. Mildred Scheel für die von ihr ins Leben gerufene Deutsche Krebshilfe gehörte, setzte sich sowohl aus Ministerien des Bundes und der Länder, Städten, Behörden und Sozialgerichten als auch Planungsstäben, Wissenschaftlern, Praktikern der Sozialarbeit, Versicherungsträgern, sozialpolitischen Organisationen, Journalisten und in großer Zahl aus Studenten zusammen.

Die Vielfältigkeit der eingehenden Anfragen sollen einige Beispiele deutlich machen:

UNO (Sozial Integration and Welfare Section): Kontaktaufnahme und Bitte um Informationen mit dem Ziel, ein internationales Zentrum für Informationsaustausch in Altenfragen einzurichten.

Irisches Nationalkomitee zur Bekämpfung der Armut (vermittelt durch die Irische Botschaft): Bitte um Material zu diesem Thema und um Hilfe beim Aufbau einer Bibliothek.

Psychatrisches Krankenhaus in Kosmonosy (CSSR): Materialbitte zur Problematik des Selbstmords.

Das Jugendamt einer Stadt: Stellungnahme zur Höhe der zu erstattenden Jugendhilfemittel im Rahmen der Erholungsfürsorge für Kinder bei unterschiedlichen Tagessätzen kommunaler und verbandseigener Heime.

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport, Rheinland-Pfalz: Anrechnung von Abfindungssummen privater Haftpflichtversicherungen bei Gewährung von Landespflegegeldern an Schwerbehinderte.

Voraussetzungen für die Gewährung von Krankenkostenzulagen an Hilfsbedürftige nach dem Bundessozialhilfegesetz.

Vorschläge für die Errichtung privater Stiftungen, mit denen neue Wege in der sozialen Hilfe gefunden werden sollen.

Vermittlung einer Nachkur für eine ehemalige Drogenabhängige mit Kleinkind in eine Einrichtung im Bundesgebiet mit anschließender Beschäftigung im Heimbetrieb.

Armut in Deutschland
Sündenbock-Phänomen
Sprache und soziale Schicht
Unterschichtjugendliche und ihre Subkultur
Jungarbeiter/Ungelernte
Entwicklung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit
Jugendarbeitslosigkeit
Moderne Konzeption für Jugendzentren
Mitsprache und Mitwirkungsrechte der Schulbeteiligten (Eltern, Schüler, Lehrer)
Gastarbeiterkinder, Vorschule und Vorbereitungsklassen
Wohnungspolitik als Familienpolitik
Frauen im Öffentlichen Dienst
Der kranke Mensch in der Arbeitswelt
Alkoholismus am Arbeitsplatz
Bildungsurlaub
Strafvollzug und Öffentlichkeit
Arbeitsentgelt und Sozialversicherung für Strafgefangene
Sozialarbeit im Strafvollzug
Familientherapie
Der Klient in der Praxis der Sozialarbeit
Sozialarbeit im Öffentlichen Gesundheitswesen
Sozialarbeit in der Psychiatrie
Gruppenpsychotherapie und Gruppenarbeit
Psychoneurotische Störungen
Therapeutische Wohngemeinschaften
Gymnastik – Sport im Alter
Kriminalität im Alter
Sozialstationen
Das neue Heimgesetz

Die Statistik weist aus, daß der Anteil der Anfragen zu **historischen Themen** im abgelaufenen Jahr überdurchschnittlich hoch war.

Fortgang der Vorarbeiten zur Umstellung auf automatische Dokumentation

Wie im Vorjahr berichtet, wird der Aufbau eines partnerschaftlichen Verbundes aller ähnlich arbeitenden Dokumentationsinstitute, die gemeinsam den Dokumentationsring des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit bilden sollen, geplant. Hierzu wurden in unserem Hause bereits 1974 während der einjährigen Schließung der Benutzerstelle die im letzten Arbeitsbericht erwähnten umfangreichen Vorarbeiten geleistet. Im Anschluß daran fand ein erstes Gespräch zwischen Mitarbeitern aller beteiligten Institute (Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information DIMDI, Deutsches Jugendinstitut DJI, Deutsches Zentrum für Altersfragen DZA und Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen DZSF) beim DIMDI in Köln in Anwesenheit eines Vertreters des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit statt.

Dabei wurde mitgeteilt, daß das vorgelegte Grobkonzept des geplanten ressortbezogenen Informationssystems als Verbundsystem grundsätzlich vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit gebilligt worden ist. Dabei wird vorausgesetzt, daß eine noch zu erstellende Systemanalyse des Kosten-/Nutzenverhältnisses ein positives Ergebnis erbringt. Die Teilnehmer wurden über ihre jeweiligen Einsatzvorbereitungen, Ist-Aufnahme, Soll-Vorschlag und die Entwicklungsstufen des Programms unterrichtet.

Damit bei den erwähnten Arbeiten von den einzelnen Instituten möglichst einheitlich vorgegangen wird, wurde die Bildung einer Arbeitsgruppe aus je einem Vertreter vorgeschlagen. Am gleichen Tage fand die erste Sitzung dieser Arbeitsgruppe statt, in deren Verlauf das DIMDI beauftragt wurde, einen Fragebogen zur Ermittlung des Ist-Zustandes bei den beteiligten Instituten zu erarbeiten.

Am 20. Oktober 1975 trat die Arbeitsgruppe in Berlin zum zweitenmal zusammen. Bei dieser Besprechung lagen die inzwischen von den Instituten ausgefüllten Fragebogen über den Stand ihrer bisherigen Dokumentationstätigkeit (Ist-Aufnahme) vor. Gleichzeitig wurden Möglichkeiten der Übernahme der vom DIMDI verwendeten MEDLARS-Datenstruktur für die beteiligten Institute sowie die Weiterentwicklung und Differenzierung der Informationsvermittlung, angepaßt an die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Benutzergruppen, erörtert.

Zusammenarbeit mit dem DZA

Vorrangig wurde eine Intensivierung der Zusammenarbeit unseres Instituts mit dem ebenfalls für das Verbundsystem des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit vorgesehenen Deutschen Zentrum für Altersfragen DZA, Berlin geplant. Dabei war für die Vorstände der beiden Institute vor allem maßgebend, daß das DZA voll und das DZSF zum überwiegenden Teil vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und dem Senat von Berlin getragen werden und daß durch den gemeinsamen Standort bei Überschneidungen in den Arbeitsbereichen Doppelarbeit vermieden werden kann. Im Hinblick auf die geplante Umstellung unserer Bibliographischen Abteilung auf automatische Dokumentation sollen die verwendeten Begriffe, soweit sie in beiden Schlagwortkatalogen enthalten sind, aufeinander abgestimmt werden. Der vom DZA bereits erarbeitete Datenerfassungsbogen soll auf seine Verwendbarkeit auch für unser Dokumentationssystem geprüft werden.

Da die Einstellung von zwei zusätzlichen Fachkräften für diese Arbeiten aus finanziellen Gründen nicht möglich war, konnten sie im Berichtsjahr nicht durchgeführt werden.

Spendenberatung

Im Berichtsjahr wurden die Folgen der Rezession, vor allem die Knappheit der öffentlichen Mittel, im humanitären Bereich deutlich spürbar. Viele Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die Verpflichtungen von Bund und Ländern mit wahrnehmen und bisher aus dem Topf der öffentlichen Haushalte zu einem nicht geringen Teil gespeist wurden, mußten erhebliche Einschränkungen in den Mittelzuweisungen hinnehmen. Zur Durchführung ihrer geplanten und oft dringend notwendigen Vorhaben mußten sie sich bemühen, das entstandene Defizit durch Spendengelder auszugleichen.

Dazu werden in immer stärkerem Maße Spendengesuche an die Wirtschaft, aber auch an Privathaushalte herangebracht, ohne daß der soziale Nutzen dieser Sammlungen immer auf den ersten Blick erkennbar wird. Aus diesen Gründen war die Spendenberatung des Instituts im vergangenen Jahr wichtiger den je und wurde in großem Umfange von der Bevölkerung, der Wirtschaft und den Medien in Anspruch genommen. Die Arbeit des Instituts auf diesem Gebiet, geht fast bis auf seine Gründungszeit zurück und führte im Jahre 1910 zur Gründung der „Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft". Hieraus entwickelte sich die Spendenberatung der Wirtschaft mit jährlichen Zusammenkünften im „Archiv für Wohlfahrtspflege", um echter Armut wirkungsvoll zu begegnen. Später wurde durch Hinzuziehen der Presse die Bevölkerung mehr und mehr in die Beratung einbezogen.

Arbeitskreis Spendenwesen der deutschen gewerblichen Wirtschaft

Die ersten Spendenberatungen im „Archiv für Wohlfahrtspflege" sind im eigentlichen Sinne die Vorläufer des 1951 von der deutschen gewerblichen Wirtschaft gegründeten „Arbeitskreises Spendenwesen" in Bonn, dem das Institut seit 1953 als Fachmitglied angehört.

Internationale Kommission für Spendenordnung

Die beobachtende und prüfende Tätigkeit des Arbeitskreises Spendenwesen beschränkt sich nicht nur auf den deutschen Bereich. Es bestehen Kontakte mit dafür zuständigen Stellen im Ausland, insbesondere mit den in der EG zusammengeschlossenen Ländern, die durch zweijährliche Tagungen der Internationalen Kommission für Spendenordnung intensiviert werden. Diese Tagungen dienen der Aussprache über international durchgeführte Sammlungen, zugleich aber auch der Diskussion fachlicher Fragen im allgemeinen. Auch an der nächsten Sitzung dieses Gremiums am 6. September 1976 in Kopenhagen wird die Geschäftsführerin des Instituts für den Arbeitskreis Spendenwesen wiederum teilnehmen.

Sammlungsgesetze

Wie in jedem Jahr wies das Institut auf die ständig wachsenden Mißstände im Sammlungswesen hin, die ihre eigentliche Ursache in der Liberalisierung der Sammlungsgesetze der Länder haben. Danach wurden zunächst nur Haus- und Straßensammlungen unter Genehmigungspflicht gestellt. Briefsammlungen mußten in Bayern genehmigt, in Hessen und im Saarland angezeigt werden. Auf diese Weise konnten sich zu den alten, eingeführten Wohlfahrtsorganisationen immer mehr neue gesellen, die – oft klein und unerfahren – gute Hilfe zersplitterten oder sogar als scheinsoziale Organisationen, oft Ein-Mann-Betriebe, mit rein gewerblichen Interessen, entlarvt wurden.

Unter dem Druck des zunehmenden Mißbrauchs, vor allem der Altkleidersammlungen, entschlossen sich Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Berlin, diese Sammlungen unter Genehmigungspflicht zu stellen; die Berliner Novellierung macht auch Briefsammlungen genehmigungspflichtig.

Das Institut setzt seine Bemühungen um eine möglichst einheitliche Regelung auf diesem Gebiet fort, um schon von vornherein unseriöse Sammlungen auszuschließen. Es muß allgemein interessieren, daß in vielen Bundesländern mit der **Genehmigungspflicht** auch die Verpflichtung zur **Abrechnung** entfällt. Die Ordnungsbehörden wissen oft nicht, wer eine Sammlung durchführt. Sie können zwar in einer Reihe von Verdachtsfällen eingreifen, müssen aber damit rechnen, daß bis dahin die Mittel bereits verbraucht, vielleicht sogar in private Kanäle geflossen sind. Mindestens scheint eine allgemeine **Anzeigepflicht,** die die Behörde von allen Sammlungen in Kenntnis setzt, dringend erforderlich.

Im Laufe der letzten Jahre hat die Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesbehörden erfreulich zugenommen. Sie wurde im Berichtsjahr durch einen Erlaß des Bundesministers des Innern vom 10. September 1975 an alle Innenminister der Länder intensiviert; hierin wird die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Institut und die dort gegebene Auskunftsmöglichkeit erwähnt mit dem Hinweis darauf, daß schon eine einzige kleine Organisation die Vertrauensbasis in der Öffentlichkeit nachhaltig zerstören könne. In den Begründungen, teilweise in den Ausführungsvorschriften der Sammlungsgesetze einiger Bundesländer ist das Institut mit dem Hinweis genannt, daß das Vorhandensein einer solchen Stelle es rechtfertige, Briefwerbungen und andere Sammlungen genehmigungsfrei zu lassen, weil hier die Möglichkeit besteht, sich über Seriosität und Effektivität der Arbeit einer sammelnden Organisation zu erkundigen.

Wem sollen wir geben?

Wie in jedem Jahr fand die seit Jahrzehnten veranstaltete Presse- und Wirtschaftskonferenz unter dem Motto „Wem sollen wir geben?" am 29. Oktober statt. Sie wurde durch Presseveröffentlichungen und Hörfunkinterviews wirksam unterstützt und löste wieder eine Flut von Anfragen nach spendenwerbenden Organisationen aus. Gleichzeitig wurden als Schwerpunkte der Hilfen im sozialen Bereich genannt:

offene Altenhilfe,

vorbeugende Aufklärung und Förderung guter Rehabilitationsversuche für Alkohol- und Drogenabhängige,

Unterstützung guter Initiativen zur Resozialisierung Strafentlassener,

Einrichtung von Wohnstätten und Wohngemeinschaften für geistig behinderte Erwachsene,

wirksame Unterstützung der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe.

Zugleich wurde bei der Auswahl derjenigen Organisationen, die diese Hilfen durchführen, beraten.

Auch im Berichtsjahr übernahm das Institut vor allem in der Vorweihnachtszeit für einzelne Firmen und Personen die Beratung bei der Verteilung ihres gesamten Spendenfonds an bestimmte, nach Interessengebieten ausgesuchte Organisationen, darunter auch solche, die trotz anerkannter Arbeit in der Öffentlichkeit weniger bekannt und deshalb in besonderem Maße auf Förderung angewiesen sind.

Wie schon im Tätigkeitsbericht 1974 erwähnt, stieg die Zahl der Bitten nicht immer zweifelsfreier caritativer Organisationen um kostenlose Veröffentlichung von Spendenaufrufen in großen Tageszeitungen weiter an. In Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, der eine entsprechende Warnung des Instituts an seine Mitglieder weiterleitete, gelang es, diesen Mißbrauch einzudämmen.

Wenngleich das Institut aus juristischen Gründen nicht öffentlich vor unseriösen Spendenbitten warnen kann, bemüht es sich, durch intensive Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen, daß möglichst jeder Interessierte sich vor der Hergabe einer Spende über die betreffende Organisation selbst und die Förderungswürdigkeit ihrer Arbeit vom Institut beraten läßt.

Öffentlichkeitsarbeit

Wiederum wurde das Institut um Veröffentlichungen und Hörfunkinterviews zu Themen, die in sein Arbeitsgebiet fallen, gebeten. So wurde in der Sendereihe „Soziales Lexikon" des Bayerischen Rundfunks am 9. November ein Interview über „Private und kommunale Initiativen im Bereich der Nachbarschaftshilfen" ausgestrahlt. Dazu kamen zahlreiche Veröffentlichungen in großen Tageszeitungen, Magazinen, Illustrierten und Rundfunkzeitschriften zu interessierenden Fragen aus dem Bereich des Sammlungs- und Spendenwesens. Diese wiederum hatten Interviewbitten von allen regionalen Rundfunkanstalten zur Folge. Die Interviews wurden teils im Studio, teils telefonisch gegeben und in den aktuellen Sendungen ausgestrahlt.

Es versteht sich von selbst, daß diese zahlreichen Aktivitäten im Bereich der Massenmedien eine Fülle von Anfragen auslösten, die sich auf das gesamte Sammlungs- und Spendenwesen bezogen.

Das Institut bleibt ständig bemüht, durch Presse, Funk und Fernsehen der Öffentlichkeit als Informationsquelle zu dienen. Die häufig wechselnden Schwerpunkte im gesamten sozialen Bereich geben immer wieder Veranlassung dazu.

Altenheimberatung

Eine vor längerer Zeit in der Sendereihe MOSAIK des Zweiten Deutschen Fernsehens gegebenes Interview über die Möglichkeiten des Instituts, Altenwohnheim-, Altenheim- und Pflegeheimplätze in allen Teilen der Bundesrepublik nachzuweisen, hat dazu geführt, daß dieser Nachweis und die Beratung zu einer ständigen Einrichtung des Instituts geworden ist.

Eine Hauptaufgabe wird darin gesehen, bei Hergabe eines Einkaufsdarlehens die Prüfung der abzuschließenden Verträge und der dazu gehörenden Unterlagen vor Unterschrift in die Beratung einzubeziehen.

Publikationen

In eigener Initiative wird das Institut, dessen Aufgabe in der Nutzbarmachung **aller** gesammelten Unterlagen besteht, in erster Linie durch die Herausgabe seiner Publikationen tätig.

Soziale Arbeit

Die Fachzeitschrift „Soziale Arbeit" – Mitherausgeber ist der Senator für Arbeit und Soziales – veröffentlicht aktuelle und einen weiten Leserkreis interessierende Abhandlungen aus Theorie und Praxis der sozialen Arbeit und greift die Problematik sozialer Entwicklungen, Informationen über wichtige Geschehnisse, sich anbahnende Neuerungen u. ä. auf. Sie erscheint monatlich im Eigenverlag des Instituts; die Redaktion liegt bei der Geschäftsführung. Das Redaktionsgremium steht der Schriftleitung beratend und helfend zur Seite. Ihm gehören Fachleute aller Sachgebiete der behördlichen und freien Wohlfahrtspflege an.

Wie in jedem Jahr, sind auch 1975 zwölf Hefte erschienen.
Wesentliche Beiträge waren:

Das Heimgesetz vom 7. August 1974 – Strathmann

Zwei Entwürfe zur Durchführung des Heimgesetzes – Strathmann

Vorbereitung auf das Alter – Haag

Gemeindegesundheitszentrum als Basis der Versorgung im ambulanten Bereich – Mattheis

Betriebskindertagesstätten auf der Grundlage der Verhaltensforschung – Morath/Willwacher

Grundsätzliche Überlegungen zur Problematik der Arbeitsbedingungen in der Sozialarbeit in Bremen – Personalrat beim Amt für Familienhilfe und Sozialdienst

Das Vorverfahren als Klagevoraussetzung im sozialgerichtlichen Verfahren – Marburger

Arbeitslosenhilfe – eine arbeitsmarktbezogene Sozialleistung – Hoppe

Sozialversicherungsschutz für Behinderte erweitert – Hoppe

Die Werkstatt für Behinderte im Förderungsrecht der Bundesanstalt für Arbeit – Hoppe

Sinnvolle Beschäftigung im Strafvollzug bei vollem Lohn – sehr nachahmenswerte Modellprojekte in Kanada – Leder

Die geringe Delinquenzbelastung der Frau – Leder

Einige Bemerkungen zur Enstehung sozialer Normen, zu ihrer „Verletzung" und zum Problemkreis „Strafe und Bestrafung" aus soziologischer Perspektive – Leder

Das Sammlungswesen – heutiger Stand – Strathmann/Bueren

Unlauterer Wettbewerb durch Wirtschaftswerbung mit der Mildtätigkeit – Matthey.

Zeitschriftenbibliographie

Die in jedem Heft veröffentlichte Zeitschriftenbibliographie, die aus allen vom Institut gelesenen in- und ausländischen Fachzeitschriften erstellt wird, weist relevante Fachabhandlungen auf sozialen und sozialverwandten Gebieten in systematischer Ordnung nach. Sie ist für wissenschaftlich interessierte und Studierende der sozialen Fachgebiete eine große Hilfe beim Auffinden geeigneter Literatur für die von ihnen zu erarbeitenden Themen. Vor allem die schriftlichen Anfragen weisen in zunehmendem Maße aus, daß die Zeitschriftenbibliographie als Quellennachweis für relevante Literatur herangezogen wird.

Altenhilfe

Das ebenfalls vom Institut in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband e. V., Frankfurt, herausgegebene Informationsblatt „Altenhilfe – Beispiele, Informationen, Meinungen" erfreut sich weiterhin eines großen Interesses.

Führer durch das soziale Berlin (Graubuch)

Die Nachfrage nach dem „Führer durch das soziale Berlin" ist in unerwartetem Maße gestiegen, so daß von der 12. Auflage aus dem Jahre 1972 nur noch wenige Exemplare vorhanden sind. 1975 wurde das Loseblattwerk durch den 4. Nachtrag ergänzt; der 5. Nachtrag wurde Anfang 1976 ausgeliefert.

Das für alle im Berliner Bereich der sozialen Arbeit Tätigen unentbehrliche Nachschlagewerk findet besonders bei den Behörden anderer Großstädte immer wieder Interesse als Modell für ähnliche Handbücher.

Dokumentationen

Daneben ist das Institut zusammen mit drei Partnerinstitutionen (DIMDI – Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information, IDIS – Institut für Dokumentation und Informaion über Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen, DJI – Deutsches Jugendinstitut) an der Herausgabe einer viermal jährlich erscheinenden Dokumentation „Drogengefährdung und Alkoholmißbrauch" beteiligt. Aus einigen der dafür vom Institut zur Verfügung gestellten Beiträge wurden Kurzreferate verfaßt.

Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Sozialberatung

Bei den Zusammenkünften der Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Sozialberatung stand stets ein bestimmtes Thema mit Referat und anschließender Diskussion im Mittelpunkt. Die Beteiligung war infolgedessen immer außerordentlich rege. Themen waren u. a.:

Der erweiterte Mutterschutz
Dialysemöglichkeiten
Die Lage der alleinstehenden berufstätigen Frau
Ehe- und Familienberatung
Alkoholmißbrauch und andere Suchtgefahren, insbesondere bei Jugendlichen
Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen.

Besucher

Wie in jedem Jahr ließen sich ausländische Besucher (z. B. aus Burma, Finnland, Holland und Kanada) über die Arbeit des Instituts und über die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik informieren. Bei solchen Besuchen stellt sich immer wieder heraus, daß es eine dem Institut vergleichbare zentrale Sammel- und Auskunftsstelle in anderen Ländern nicht gibt.

Das Institut bemüht sich, die Besucher bei der weiteren Gestaltung ihres Berlin-Besuchs zu beraten und ihnen behilflich zu sein.

Revisionen

Für 1974 hat die übliche Prüfung durch die Rechnungsprüfungsstelle der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales stattgefunden.

Entsprechend § 9 Absatz 3 der Stiftungsurkunde wurde die WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Düsseldorf, Niederlassung Berlin, beauftragt, die Jahresrechnungen des Instituts und des Förderervereins für die Geschäftsjahre 1973 und 1974 durchzuführen.

Finanzbericht

Der Finanzbericht für 1975 wurde allen, die das Institut in seiner Arbeit finanziell unterstützten, am 17. März 1976 übersandt.

Deutsche Klassenlotterie

Aus Überschüssen der Deutschen Klassenlotterie Berlin erhielten wir im Jahre 1975 die Möglichkeit, die dringenden Renovierungen unserer beiden Häuser, Miquelstraße 83 und Bernadottestraße 94, vorzunehmen.

Zu unserer großen Freude wurde uns im Dezember eine weitere Zuwendung gewährt, die die notwendigste Grundausstattung an Möbeln und technischem Hilfsmaterial in beiden Häusern ermöglicht. Ein zweckgebundener Betrag ist für die Anschaffung von Büchern und für die Pflege des gesamten Materials bestimmt.

Dank

Dem Vorstand, dem Beirat, den Mitgliedern des Förderervereins und den Freunden des Instituts sowie den in- und ausländischen Korrespondenten danken wir für alle Förderung und Unterstützung unserer Arbeit. Dankbar sind wir insbesondere denjenigen Mitgliedern und Freunden unseres Hauses, die durch eine Erhöhung ihres Beitrages oder ihrer Spende unsere Arbeit leichter gemacht haben. Das Bemühen aller Mitarbeiter wird immer dahingehen, das in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

Der im Bericht geschilderten Ausweitung der Arbeit in wichtigen Institutsbereichen stand die immer noch unzureichende Zahl der Mitarbeiter gegenüber, an die durch Renovierungs- und laufende Umstellungsarbeiten – auch auf organisatorisch-technischem Gebiet – zusätzliche Anforderungen gestellt wurden. Ihrem unermüdlichen Einsatz und ihrer Anpassungsbereitschaft gilt der besondere Dank des Vorstands und der Geschäftsführung.